

Tafeln: Helfen allein genügt nicht!

Die Entstehung und Arbeit der Tafeln repräsentiert eine „Erfolgsgeschichte“: Innerhalb von zehn Jahren haben sich in Deutschland 872 Tafeln gegründet, in denen rund 40.000 zumeist ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind und dabei wöchentlich etwa eine Million Menschen mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs versorgen. Die Tafeln reagieren damit auf offensichtliche Auswirkungen von Armut und Unterversorgung und stellen Hilfeleistungen bereit, die durch soziale Dienste nicht erbracht werden. Ergebnis ist eine pragmatische, „unpolitische“ Form der Unterstützung, die an konkrete Notlagen anknüpft und direkt erfolgt.

Spätestens mit der Studie von Stefan Selke, „Fast ganz unten. Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird“, in der er 2008 auf das Problem der Verfestigung von Armut durch die Tafeln hinwies, hat eine überfällige Diskussion eingesetzt: Die Einrichtungen unterliegen der Gefahr, als „Lückenbüßer“ für die Armutsbekämpfung instrumentalisiert zu werden. Dies wiederum untergräbt die sozialen Bürgerrechte, wie sie für demokratische Gesellschaften konstitutiv sind.

Die Tafeln müssen sich mit den – gewiss nicht intendierten – Folgen und Nebenwirkungen ihrer Arbeit auseinandersetzen. Es ist keine Lösung, wie von einigen linken Politikern gefordert, die Tafeln abzuschaffen. Ihre Existenz verweist auf gesellschaftliche Probleme von Armut und sozialer Ungleichheit, die es zu lösen gilt. Die Tafeln müssen sich jedoch noch aktiver in die politische Debatte um Armut und deren Bewältigung einmischen. Die Forderung nach einem Armutsbeauftragten markiert einen Anfang.

Auf Bundesebene gehört dazu weiterhin die Netzwerkarbeit mit Akteuren, die ebenfalls mit Themen der Armutsbewältigung befasst sind. Schließlich sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Tafeln selbst gefragt, ein neues bürgerschaftliches Selbstverständnis zu entwickeln. Das Engagement für die Tafeln würde dann über pragmatische Hilfe in Notlagen hinausgehen und wäre eine gesellschaftspolitische Aktivität von Bürgerinnen und Bürger, die sich vor Ort, in den Kommunen, in die Debatte um Armut einmischen und deren Bekämpfung lokal mitgestalten.

Abdruck frei unter Quellenangabe:

Online-Nachrichtendienst Bürgergesellschaft „Aktive Bürgerschaft aktuell“, Ausgabe 102 – Juni 2010 vom 30.06.2010; www.aktive-buergerschaft.de
Belegexemplar erbeten an: nachrichtendienst@aktive-buergerschaft.de



Kommentar:
Prof. Dr. Gisela Jakob für
„Aktive Bürgerschaft aktuell“
Ausgabe 102 – Juni 2010
vom 30.06.2010

Gisela Jakob ist Erziehungs- und Sozialwissenschaftlerin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt. Sie forscht und arbeitet zu den Themen bürgerschaftliches Engagement, lokale Engagementförderung und Freiwilligendienste.

Für den Online-Nachrichtendienst Bürgergesellschaft „Aktive Bürgerschaft aktuell“ kommentieren im Jahr 2010 Holger Backhaus-Maul, Prof. Dr. Gisela Jakob, Dr. Stefan Nährlich und PD Dr. Rudolf Speth Hintergründe und Zusammenhänge aktueller Entwicklungen der Bürgergesellschaft.

„Aktive Bürgerschaft aktuell“ erscheint 11 x im Jahr.
Abo unter: www.aktive-buergerschaft.de/nachrichtendienst